

18/SN-244/ME

AMT DER
VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-1249

Bregenz, am 7. November 1989

An das
Bundesministerium für JustizPostfach 63
1016 W i e n

Betrifft:	GESETZENTWURF
Z:	68. GZ 288
Datum:	10. NOV. 1989
Verteilt:	10. Nov. 1989

Ant

*H. Boman*Betrifft: Geschworenen- und Schöffengesetz;
Entwurf, StellungnahmeBezug: Schreiben vom 12. September 1989, GZ 622.001/32-II 3/89

Zum übermittelten Entwurf eines Geschworenen- und Schöffengesetzes wird Stellung genommen wie folgt:

I. Allgemeines:

Der vorliegende Entwurf hat sich u.a. eine Verwaltungsvereinfachung bei der Erstellung der Geschworenen- und Schöffenlisten zum Ziel gesetzt. Es wird davon ausgegangen, daß dieses Ziel auch für die Tätigkeit der Bezirksverwaltungsbehörden anzustreben ist.

Der übermittelte Entwurf konzentriert jedoch das Auswahlverfahren bei der Bezirksverwaltungsbehörde (Einholung der Strafregisterauszüge, Information der ausgelosten Personen, Entscheidung über Einsprüche und Befreiungsanträge usw.). Vor allem durch die Anforderung der Strafregisterauszüge für alle von den Gemeinden ausgelosten Personen und die zu erwartende hohe Zahl von Befreiungsanträgen ist eine erhebliche Erhöhung gegenüber dem bisherigen Verwaltungsaufwand zu erwarten.

Der Aufwand der Bezirksverwaltungsbehörden wäre zu reduzieren. Die Tätigkeit dieser Behörden könnte darin bestehen, für die Vorlage der Gemein-

- 2 -

deverzeichnisse zu sorgen und diese gesammelt an den Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz weiterzuleiten. Da die Dienstlisten nach den bisherigen Erfahrungen lediglich ca. 50 % der in den Verzeichnissen der Gemeinden eingetragenen Personen enthalten, sollte der Präsident des Gerichtshofes zuerst die Auslosung der Dienstlisten vornehmen; erst im Anschluß daran wären die nach dem vorliegenden Entwurf den Bezirksverwaltungsbehörden zugeordneten Aufgaben vom Präsidenten des Gerichtshofes hinsichtlich der von ihm ausgelosten Personen durchzuführen. Bei dieser Vorgangsweise würde vermieden, daß hinsichtlich aller von den Gemeinden ausgelosten Personen die persönlichen Voraussetzungen für eine Berufung als Geschworener bzw. Schöffe zu prüfen sind.

Da auf das Verfahren vor den Verwaltungsbehörden (Bürgermeister, Bezirksverwaltungsbehörde, Präsidenten der Gerichtshöfe) das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz anzuwenden ist, sollten auch die Bezeichnungen der Rechtsmittel sowie die Rechtsmittelfristen auf diese Verfahrensbestimmungen abgestimmt werden.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen ergeben sich folgende Bemerkungen:

Zu § 2:

Es ist rechtspolitisch fragwürdig, den gerichtlichen Entzug der Obsorge für Kinder nicht mehr als Ausschlußgrund vorzusehen. Man kann bezweifeln, ob derartige Personen der hohen Verantwortung, die mit der Verhandlung und Entscheidung schwerer Straffälle verbunden ist, gerecht werden können. Auch wird vorgeschlagen, das Erfordernis der unbeschränkten Handlungsfähigkeit bei der Berufung als Geschworener oder Schöffe - wie es in der seinerzeitigen Punktation zur Erneuerung des Geschworenen- und Schöffenlistengesetzes vorgesehen war - beizubehalten.

Zu § 3:

Künftig sollen auch Landesbedienstete als Geschworene und Schöffen tätig sein können.

Die generelle Einbeziehung von Landesbediensteten wird nicht für zweckmäßig erachtet. Die Schaffung einer Ausnahmeregelung bei funktionaler

- 3 -

Beschreibung der Aufgaben sollte erwogen werden: So könnten etwa Landesbedienstete, die Agenden des öffentlichen Sicherheitsdienstes wahrnehmen bzw. an der Verwaltungsstrafrechtspflege mitwirken (z.B. Bedienstete von Polizei- und Strafabteilungen der Bezirkshauptmannschaften), ausgenommen werden.

Eine derartige Regelung wäre auch für Bedienstete der Bundesministerien für Inneres und für Justiz sowie deren nachgeordnete Dienststellen denkbar. Es fragt sich, ob hier Bedienstete, die beispielsweise in der Präsidialsektion oder Verwaltungs- und Personalsektion und daher nicht unmittelbar in der Strafrechtspflege tätig sind, von der Geschworenen- oder Schöffentätigkeit ausgeschlossen sein sollten.

Keine Berücksichtigung finden im Entwurf die Gemeindegendarmerien, die ähnliche Aufgaben der öffentlichen Sicherheit wahrzunehmen haben wie die Bundesgendarmerie.

Zu § 9 Abs. 1 in Verbindung mit § 13:

Diese Bestimmungen sehen eine fakultative Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörde und des Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz bezüglich der Berufungsmöglichkeit zu Geschworenen oder Schöffen von Personen vor, hinsichtlich derer der Bürgermeister Bemerkungen angebracht hat. Diese Regelung entspricht möglicherweise nicht dem Gebot der ausreichenden gesetzlichen Determinierung.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

gez. Dr. Guntram Lins

L a n d e s r a t

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n
(22-fach)
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

1010 W i e n
- d) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.H. d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung

1014 W i e n
- f) An das
Institut für Föderalismusforschung

6020 I n n s b r u c k

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

Dr. E n d e r

F.d.R.d.A.

Hinterberger